

60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR

Gedenkveranstaltung des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern am 17. Juni 2013



Herausgeber: Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Referat Öffentlichkeitsarbeit
Schloss, Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Telefon (0385) 5 25-0

Herstellung: produktionsbüro TINUS, Schwerin

Titelfoto: Landesarchiv Berlin, Peter Cürlis
Veranstaltungsfotos: Angelika Lindenbeck

Schwerin, im Juni 2013

**60. Jahrestag
des Volksaufstandes in der DDR
am 17. Juni 1953**

Dokumentation der Gedenkveranstaltung
des Landtages Mecklenburg-Vorpommern
am 17. Juni 2013

Am 26. Oktober 2012 hatte der Landtag auf Antrag der Koalitionsfraktionen CDU und SPD einstimmig beschlossen, den 60. Jahrestag des Volksaufstandes in der DDR vom 17. Juni 1953 mit einer Gedenkveranstaltung zu würdigen. Auch an vielen Orten der damaligen drei Nordbezirke habe es Aktionen gegen den Unterdrückungsapparat der SED-Regierung gegeben, hieß es in der Begründung. In Teterow sei es zur Befreiung politischer Gefangener gekommen, in Grabow hätten Demonstrationen auf dem Markt stattgefunden, und am 18. Juni 1953 hätten die Werftarbeiter in Wismar, Warnemünde, Rostock und Stralsund die Arbeit niedergelegt. Der 17. Juni 1953 habe gezeigt, dass es zu jeder Zeit mutige Menschen gab, die sich gegen Unterdrückung und Freiheitsentzug auflehnten. Dies gelte es, auch mit einer zentralen Gedenkveranstaltung ins Gedächtnis zu rufen.



Die Gedenkveranstaltung fand im Konzertfoyer des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin statt.

Diese fand am 17. Juni 2013 im Mecklenburgischen Staatstheater Schwerin statt. Landtagspräsidentin Sylvia Bretschneider begrüßte dazu rund 200 Gäste aus Politik, Wirtschaft und Kultur, darunter auch Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen des Landes, die sich im Rahmen von Projekten mit diesem historischen Ereignis auseinandergesetzt hatten.



Sylvia Bretschneider

Präsidentin des Landtages Mecklenburg-Vorpommern

Sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter des diplomatischen und konsularischen Corps,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident Sellering,
meine sehr geehrten Damen und Herren Fraktionsvorsitzende, Vizepräsidentinnen, Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete des Deutschen Bundestages und des Landtages Mecklenburg-Vorpommern,
sehr geehrter Herr Ministerpräsident a. D. Gomolka,

sehr geehrter Herr General Munzlinger,
sehr geehrter Herr Admiral von Maltzan,
sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Gramkow,
sehr geehrte Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Gebietskörperschaften, der Gerichte und Behörden, der Vereine, Verbände und Kammern sowie der Religionsgemeinschaften unseres Landes,
sehr geehrter Herr Dr. Wolle,
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Heute, im Jahr 2013, jährt sich der Volksaufstand vom 17. Juni in der DDR zum 60. Mal. In jenen Tagen 1953 gingen rund eine Million Menschen in mehr als 700 Städten und Gemeinden auf die Straße. Sie demonstrierten gegen die schlechten Lebens- und Arbeitsbedingungen, und aus einem sozialen Protest auf den Straßen Berlins entwickelte sich binnen weniger Stunden ein Massenprotest gegen die kommunistische Diktatur im ganzen Land.

Die Streiks und Demonstrationen wurden nun von politischen Forderungen nach Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und der Wiedervereinigung Deutschlands bestimmt. Der Aufstand der Menschen in der DDR am 17. Juni 1953 gehört zu den herausragenden Ereignissen der deutschen und europäischen Geschichte. Zum ersten Mal wagte es die Bevölkerung eines sowjetischen Satellitenstaates, gegen die kommunistische Diktatur aufzubegehren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gleichwohl sich das Zentrum des Aufruhrs nicht in Mecklenburg-Vorpommern befand, kam es auch in den drei Nordbezirken Rostock, Schwerin und Neubrandenburg zu Aktionen. Auf Demonstrationen und Kundgebungen in 67 Städten und Gemeinden wurde nicht nur die Rücknahme der durch das ZK der SED beschlossenen Normerhöhung gefordert. Bereits am 16. Juni 1953 demonstrierten Bauern in Muchow im Kreis Ludwigslust. Unter der Losung „Es lebe die Freiheit!“ forderten Werftarbeiter in Rostock und Warnemünde gesamtdeutsche Wahlen, einen geregelten Verkehr zwischen den Besatzungszonen sowie das Ende der Schießereien. Am 17. Juni forderten Bürger in Teterow die Freilassung politischer Gefangener, und am 18. Juni streikten in Stralsund über 2.000 Arbeiter, in Wismar waren es rund 1.400 Streikende. Der ohnmächtigen DDR-Führungsspitze blieb in jenen Tagen nur die Flucht ins militärische Hauptquartier der sowjetischen Besatzungsmacht nach Berlin-Karlshorst.

Durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und den Einsatz sowjetischer Panzer wurde der Aufstand schließlich gewaltsam niedergeschlagen. Der Volksaufstand forderte über 50 Todesopfer und unzählige Verletzte. In den Tagen und Wochen danach wurden etwa 15.000 Menschen verhaftet, bis 1955 gab es 1.800 politische Urteile im Zusammenhang mit dem Juni-Aufstand. Vermeintliche Anführer wurden zum Tode verurteilt und

hingerichtet oder verschwanden in sowjetischen Konzentrationslagern, Aber-tausende verbrachten Jahre in Gefängnissen und Zuchthäusern der DDR.

Für die Staats- und Parteiführung der DDR bedeutete der Volksaufstand vom Juni 1953 ein schweres Trauma, das bis 1989 nie vollständig überwunden wurde. Die veröffentlichte Meinung der SED sprach schnell von einer „faschistischen Konterrevolution“. Der Juni 1953 wurde zum Sinnbild für die tiefe Legitimationskrise, in der sich die Partei und der von ihr geplante Aufbau des Sozialismus befanden. In der Bundesrepublik erklärte hingegen der Bundestag nur wenige Wochen nach den Unruhen in der DDR den 17. Juni zum Tag der Deutschen Einheit.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

im kollektiven Gedächtnis scheinen die mutigen Frauen und Männer vom 17. Juni heute nur noch eine untergeordnete Rolle zu spielen, auf regionaler Ebene ist die Erinnerung fast ganz verschwunden. Wie wichtig Gedenkveranstaltungen und eine lebendige Erinnerungskultur für eine Gesellschaft sind, hat eine Umfrage der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur zu den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages des ersten DDR-Volksaufstandes gezeigt. Infolge der Veranstaltungen und der entsprechenden Medienberichterstattung rund um den 17. Juni 2003 wussten 68 Prozent der Bundesbürger über die Ereignisse am 17. Juni 1953 Bescheid. Vor diesem

Jahrestag waren es nur 52 Prozent. Der größte Informationszuwachs wurde seinerzeit gerade bei den jungen Menschen gemessen.

Und lassen Sie mich an der Stelle einfügen, dass ich den Medien im Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Norddeutschen Rundfunk, den Tageszeitungen und allen anderen, die sich in diesen Fragen engagiert haben, meinen Dank aussprechen möchte, dass sie genau diese Informationslücken geschlossen, dieses Erinnern hervorgeholt und dafür gesorgt haben, dass es inzwischen hoffentlich mehr Prozente sind als noch 2003.

Eingedenk der empirischen Befunde ist es wichtig, dass der Landtag Mecklenburg-Vorpommern mit einer eigenen parlamentarischen Initiative die heutige Gedenkveranstaltung ins Leben gerufen hat. Auf Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD beschlossen die Abgeordneten des Landtages einstimmig, eine Gedenkveranstaltung zur Erinnerung an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der ehemaligen DDR durchzuführen.

In der Antragsbegründung heißt es unter anderem, ich zitiere: „Der 17. Juni 1953 hat gezeigt, dass es zu jeder Zeit mutige Menschen gab, die sich gegen Unterdrückung und Freiheitsentzug auflehnten. Dies gilt es, ins Gedächtnis zu rufen. Bisher wird an die Ereignisse in Mecklenburg-Vorpommern öffentlich kaum erinnert.“ Ich muss sagen, wurde kaum erinnert, wie gesagt, ich bin den Medien sehr dankbar, dass das nun anders geworden ist. „Deshalb wollen wir eine zentrale Veranstaltung durchführen, in wel-

cher an den 17. Juni 1953 erinnert wird.“ So hieß es in der Begründung des Antrages.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

gestatten Sie mir, die Debatte zu diesem Antrag innerhalb des Landtages kurz – und ich sage ausdrücklich, zusammengefasst und exemplarisch – darzustellen, damit Sie sich ein Bild von den jeweiligen Motivationen der Mitglieder des Parlamentes machen können.

In seiner Einbringungsrede zeigte sich der CDU-Fraktionsvorsitzende Vincent Kokert tief bewegt vom Schicksal zweier junger Männer, Rudi Schwander und Werner Sendsitzky. Sie wurden im Alter von 16 und 14 Jahren auf der Flucht durch Schüsse der Volkspolizei ermordet. Und ich darf meinen Kollegen Herrn Kokert zitieren: „Die Beispiele aus Mecklenburg-Vorpommern zeigen, dass sich auch hier viele Tausend Menschen an dem Aufstand beteiligt haben, der mehr als ein Arbeiteraufstand war. ... Und da hilft es auch nichts, wenn man jetzt im Nachhinein behaupten möchte, die Leute haben aufbegehrt und wollten soziale Gerechtigkeit. Es stand ganz klar im Vordergrund, man hat für Demokratie und Freiheit demonstriert.“ Ende des Zitats von Herrn Kokert.

Peter Ritter sprach sich im Namen der Fraktion DIE LINKE dafür aus, dass die Auseinandersetzung mit den Ereignissen vom 17. Juni 1953 Aufgabe und

Verpflichtung aller Demokraten sei. Wörtlich begründete Herr Ritter sein Votum für den Antrag wie folgt, und ich zitiere: „Alle Opfer des 17. Juni mahnen uns, Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung für immer und überall auszuschließen. Auf Bajonettspitzen lassen sich auf Dauer Frieden und Demokratie nicht durchsetzen. Die Opfer des 17. Juni verdeutlichen aber auch, dass persönliche Freiheitsrechte und soziale Grundrechte einander bedingen und nicht gegeneinander aufgewogen werden dürfen.“ Ende des Zitats.

Seitens der SPD-Fraktion sprach sich Ingulf Donig für die Notwendigkeit einer Gedenkveranstaltung des Landtages anlässlich des 17. Juni 1953 aus. Die Geschehnisse jener Tage verlören, so Donig, an Bekanntheit, obwohl diese Gegenstand des Schulunterrichts seien, oder die Landes- und die Bundeszentrale für politische Bildung alljährlich Veranstaltungen zur Thematik des Volksaufstandes ausrichteten. Die Gründe dafür seien auch darin zu vermuten, dass der 17. Juni seit 1991 kein Feiertag mehr sei. In deutlichen Worten mahnte Donig deshalb, und ich zitiere: „Damit der erste und leider gescheiterte Versuch nicht in Vergessenheit gerät, wollen wir im Landtag der Arbeiter gedenken, die sich für diese unsere Werte eingesetzt und viele Opfer gebracht haben. Wir wollen auch daran erinnern, welche Folgen die Niederschlagung hatte, denn danach hat die SED ihr Überwachungs- und Bespitzelungssystem auf- und ausgebaut, ein System, das ihnen aber letztendlich 1989 nicht geholfen hat. Wir wollen an den Volksaufstand und seine Niederschlagung auch erinnern, weil es für uns das Ende der Legitimation der SED als Vertreter der Arbeiterschaft markiert.“ Ende des Zitats.



Im Publikum sind auch zahlreiche Abgeordnete des Landtages, hier von SPD, CDU, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sprach Johann-Georg Jaeger. Er zitierte aus einer Rede eines Abgeordneten während der Sondersitzung des Bezirkstages Schwerin vom 9. Juni 1953, die die Denkweise innerhalb der SED-Führung auch hier in der Region widerspiegelt. Johann-Georg Jaeger leitete daraus und aus weiteren von ihm zitierten Quellen die Schlussfolgerung ab, dass die DDR ein Unrechtsstaat war, und er betonte, dass der 17. Juni 1953 eine wichtige historische Voraussetzung für die friedliche Revolution von 1989 gewesen sei.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

die demokratischen Abgeordneten des Landtages unterstützten und begrüßten ganz ausdrücklich die parlamentarische Initiative der Koalitionsfraktionen, die zur Ausrichtung der heutigen Gedenkveranstaltung geführt hat. Die Menschen in Mecklenburg-Vorpommern waren und sind geprägt von der Geschichte der deutschen Teilung. Sie erlebten die Willkür einer Parteiendiktatur – wenn nicht immer und überall in Form von physischer Gewalt, so aber stets durch die Unfreiheit im persönlichen, beruflichen und öffentlichen Leben. Unfrei zu sein, das bedeutete für die Menschen in Schwerin, Rostock, Neubrandenburg, Greifswald, Waren-Müritz, Crivitz oder Anklam eben nicht, nur eingeschränkt in ihrer Bewegungsfreiheit zu sein, sie erlebten Unfreiheit als tagtägliche Belastung: nicht frei reden, nicht frei denken, nicht frei handeln, nicht frei lernen und nicht frei arbeiten zu können.

Eingedenk der Tatsache, dass der Volksaufstand am 17. Juni 1953 blutig niedergeschlagen wurde, zollen wir den Demonstrantinnen und Demonstranten auch deshalb in besonderer Weise unseren Dank und Anerkennung, weil sie der nachfolgenden Generation die Risiken von Demonstrationen in einer Diktatur vor Augen führen. Ohne die überlieferten Bilder rollender Panzer hätten sich die Montagsdemonstrationen im Spätherbst 1989 vielleicht nicht in der Friedlichkeit ereignen können. SED-Machthaber, sowjetische Besatzer und auch die Bevölkerung hatten gelernt, dass

sich mit Gewalt politische Missstände nicht auf Dauer lösen lassen. Das Wissen um die eigene Vergangenheit ist somit unabdingbar für ein Staatswesen wie das unsere, das auf Freiheit und Demokratie gründet. Dieses Wissen zu wahren und von Generation zu Generation weiterzugeben, dafür braucht es Gedenktage wie den heutigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

umso mehr unterstützen wir aus voller Überzeugung ein Projekt, das insbesondere Kinder und Jugendliche mit den Geschehnissen der jüngeren deutschen Geschichte bekannt macht. Das Projekt nahm den 60. Jahrestag des Volksaufstandes zum Anlass, alle Mandatsträger der demokratischen Parteien in Mecklenburg-Vorpommern zu bitten, die Erforschung der regionalen Geschichte des 17. Juni durch Schülerinnen und Schüler anzuregen.

Dabei waren der Phantasie keine Grenzen gesetzt. Die Forschungsergebnisse konnten auf klassischen Ausstellungstafeln, Wandzeitungen, Plakaten, durch Zeitzeugeninterviews, per Video oder als Theaterstücke nun präsentiert werden. Die Jugendlichen konnten für die Opfer des 17. Juni ein Denkmal entwickeln oder die Berichterstattung über die Ereignisse in einer Broschüre zusammenfassen. Wichtig war einzig und allein die kreative Auseinandersetzung mit der Geschichte des 17. Juni in ihrer Region.

Beteiligt haben sich acht Schulen. Insgesamt 122 Schüler, 15 Lehrer, Begleiter und vier Zeitzeugen werden ihre Ergebnisse heute gemeinsam im

Plenarsaal des Landtages im Schweriner Schloss gleich im Anschluss an die Gedenkveranstaltung präsentieren. Ich freue mich sehr über die rege Beteiligung und danke allen Beteiligten.

Es ist mir ein Anliegen, die Schulen und ihre Projekte kurz zu nennen.

Das Goethe-Gymnasium Ludwigslust hat schriftliche Facharbeiten und Vorträge vorbereitet. Das Pädagogium Schwerin präsentiert eine Internetseite und einen Film. Die Reportage des Hansa-Gymnasiums Stralsund erfolgt als Rollenspiel mit Kostümen, und auch das Erasmus-Gymnasium Rostock stellt Ereignisse rund um den 17. Juni in Form von Spielszenen dar. Schülerinnen und Schüler des Albert-Einstein-Gymnasiums Neubrandenburg laden zum Geschichtsdialog und Internetblog ein, darüber hinaus wurden ein Filmbeitrag erarbeitet sowie zwei Plakate mit Zeitzeugengesprächen und Umfragen erstellt. Die Hundertwasser-Gesamtschule Rostock hat Unterrichtsmaterial zum Thema erstellt und wird dieses vorstellen. In der Freien Schule Güstrow erarbeiteten Schüler zusammen mit Zeitzeugen eine Ausstellung, und auch die Schüler der Beruflichen Schule für Wirtschaft und Verwaltung Neubrandenburg haben sich mit dem 17. Juni 1953 auseinandergesetzt.

Stellvertretend für die Kolleginnen und Kollegen aus dem Landtag danke ich allen Beteiligten, danke ganz besonders den Schülerinnen und Schülern, die übrigens heute zum Teil schon mit im Publikum sitzen. Mir war es wichtig, sie zu dieser Gedenkveranstaltung mit einzuladen, damit auch sie

die Chance haben, das mitzuerleben. Wir bedanken uns bei den Lehrerinnen und Lehrern sowie den Eltern und den beteiligten Abgeordneten für ihr kreatives Engagement.

Und ich hoffe, dass Sie genauso gespannt sind auf die Präsentationen wie ich. Sie sind also alle herzlich eingeladen, im Anschluss mit hinüberzugehen in den Landtag und sich die Präsentationen anzuschauen und vor allen Dingen mit den Schülerinnen und Schülern ins Gespräch zu kommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

der 17. Juni 1953 vereint die beiden Seiten der deutschen Geschichte. Er steht sowohl für das Streben der Menschen nach Freiheit und gleichberechtigter politischer Teilhabe als auch für die Verachtung und Verletzung aller menschlichen Werte. Dieser 17. Juni sollte uns stets Anlass sein, unser heutiges Handeln zu prüfen und derer zu gedenken, denen die Freiheit wichtiger war als der Verlust des eigenen Lebens.

Ich bedanke mich ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und bitte Sie, sich kurz zum Gedenken der Opfer von den Plätzen zu erheben.

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

Vielen Dank.



Günter Grass – Die Plebejer proben den Aufstand

Szenische Lesung mit den Schauspielern des Mecklenburgischen Staatstheaters Schwerin Sonja Isemer, Jochen Fahr, Christoph Bornmüller



Dr. Stefan Wolle

Historiker, Wissenschaftlicher Leiter des DDR-Museums in Berlin

Meine Damen und Herren,

wir sind ja durch die szenische Lesung des Stücks von Günter Grass sozusagen schon mittendrin in den Debatten über den 17. Juni, und ich will dazu noch einige historische Anmerkungen machen.

Wenn wir den Blick um 60 Jahre zurückwenden in den Juni 1953, könnten die Bilder der Erinnerung kaum unterschiedlicher sein. Noch eine Woche vor den dramatischen Ereignissen herrschte die Normalität der Diktatur, der Alltag der Diktatur, und zwar jener Alltag, der bestimmt war durch Ulbrichts Ankündigung des planmäßigen Aufbaus des Sozialismus in einem Land. Er hatte dies am 12. Juli 1952, also rund elf Monate vor den Ereignissen, bei der zweiten Parteikonferenz der SED verkündet.

Was verstand Walter Ulbricht unter planmäßigem Aufbau des Sozialismus? Ich will die zentralen Punkte noch einmal nennen, die beim neuen Kurs und beim 17. Juni eine große Rolle spielten.

Das war zunächst die Militarisierung. Nur acht Jahre, nachdem verkündet worden war, jedem Deutschen, der eine Waffe berühre, möge die Hand abfaulen, wurde auf deutschen Schulhöfen wieder exerziert. Schüler machten Schießübungen mit Kleinkalibergewehren und Geländespiele mit Karte und Kompass, um den Klassenfeind zu vernichten. Die GST – die paramilitärische Gesellschaft für Sport und Technik – wurde installiert, der Dienst für Deutschland, eine Art Neuauflage des Reichsarbeitsdienstes, wurde gegründet, und das alles im Schatten des Koreakrieges, der die Welt damals an den Rand einer nuklearen Katastrophe geführt hat.

Ein zweiter wichtiger Punkt war die neue Politik gegen den Mittelstand. Durch ein neues Gesetz gegen die „Schädigung der Volkswirtschaft“ wur-

den selbst Bagatelvergehen, die teilweise natürlich konstruiert waren, um die selbstständigen Gewerbetreibenden zu enteignen, mit schweren Zuchthausstrafen geahndet. Die Normen – davon wird noch die Rede sein – wurden heraufgesetzt, die Preise stiegen und es gab noch weitere sozusagen soziale Einschränkungen.

Der nächste Punkt war die Politik gegen die Kleinbauern, die erst im September 1945 durch die Bodenreform ihr Land bekommen hatten. Sie sollten nun in die landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften geprügelt werden. Viele Bauern verließen ihr Land, kehrten der DDR für immer den Rücken. In den Ställen stand das Vieh, das nicht mehr gemolken wurde, und brüllte, oder die Schweine, die nicht mehr gefüttert wurden, gingen ein und wurden notgeschlachtet. Die Verschärfung der Versorgungskrise war die Folge.

Und schließlich die Politik gegen die Kirche. Jugendliche, die die Oberschule besuchten, die Universität oder andere höhere Bildungseinrichtungen, wurden vor die Wahl gestellt, sich entweder öffentlich von ihrem christlichen Glauben loszusagen oder die Oberschulen und Universitäten zu verlassen. Und dies wurde eisern durchexerziert. Manche gaben nach, sehr viele aber gaben nicht nach und sagten, „dann sollen sie mich halt rausschmeißen, ich werde nicht meine christliche Überzeugung verleugnen“.

In den elf Monaten, die dem Juli 1952 folgten, machte die SED so ungefähr alles, um das eigene Volk zu verbittern. Im Grunde war die 2. Parteikonferenz der SED die Kriegserklärung an das eigene Volk. Schließlich folgten die dramatischen Ereignisse, die Sie inzwischen alle kennen – jene Ereignisse, an die jetzt in diesen Tagen sehr oft erinnert wird, die großen Streiks und Demonstrationen. Eine Woche nach den Ereignissen herrscht wieder Friedhofsruhe im Lande, sowjetische Panzer stehen auf den zentralen Plätzen der Städte, sowjetische Posten kontrollieren die nächtliche Ausgangssperre, eine Verhaftungswelle der Staatssicherheit rollt über das Land. Die Stasileute, die am 17./18. Juni noch um ihr Leben zitterten, saßen wieder auf dem hohen Ross und übten fürchterliche Rache für die Demütigung, die sie erfahren hatten.

An die Vorgeschichte und die Nachgeschichte des Aufstandes zu erinnern, ist so wichtig, weil diese Ereignisse im Juni 1953 zwar wie ein einsamer Leuchtturm in der Ereignislosigkeit der Diktatur stehen, auf der anderen Seite aber nur der eigentliche Kulminationspunkt von Spannungen waren, die vorher entstanden waren und die mit Variationen bis 1989 das Leben in der DDR bestimmten.

Noch einmal ein paar Worte zu den Ereignissen. Die Normerhöhung spielte, wie gesagt, eine große Rolle. Am 28. Mai wurde verkündet, die Normen sollen erhöht werden, und zwar bis zum 30. Juni, bis zum 30. Juni 1953, weil

– man höre und staune – dies der 60. Geburtstag von Walter Ulbricht war. Die Arbeiterklasse sollte gewissermaßen dem Genossen Generalsekretär die Selbstverpflichtung auf den Gabentisch legen. Der Personenkult um Ulbricht ist noch ein weiterer Punkt, der die ganze Situation für viele besonders unerträglich machte.

Es gab damals schon Widerspruch, auch unter Funktionären des FDGB. Es war schon klar, so ohne weiteres würden sich die Arbeiter dies nicht mehr gefallen lassen.

Sie erinnern sich, am 5. März 1953 war Josef Stalin gestorben. Die Nachfolger Stalins im Kreml planten möglicherweise eine neue Deutschlandpolitik. Da betritt man als Historiker noch ein etwas unsicheres Gebiet. Jedenfalls war Beria der kommende Mann, der oberste Henker Stalins – aber nun offenbar durchaus geneigt, eine neue Deutschlandpolitik anzusteuern.

Die Führungsgruppe der SED – Fred Oelßner, Otto Grotewohl und Walter Ulbricht – wurde nach Moskau beordert. Dort wurde ihnen erklärt, dass alles, was sie in den letzten Monaten getan hatten, vollkommen falsch gewesen sei. Aufbau des Sozialismus sei die falsche Parole gewesen, es müsse jetzt alles anders werden. Und sie hatten keine andere Wahl mehr, als dies im Politbüro zu beschließen nach ihrer Rückkehr und das dem Volke zu offerieren.

Das hieß nichts anderes, als dass die Partei – die immer recht hatte und nicht müde wurde, diesen absoluten Wahrheitsanspruch öffentlich zu verkünden –, diese Partei stand auf einmal da und sagte: Im Grunde war alles falsch, was wir gemacht haben, wir nehmen alles zurück. Die Oberschüler und Studenten, die von den Schulen und Universitäten relegiert worden waren, sollen wieder aufgenommen werden. Sie sollen auch die Prüfungen nachholen können. Die Bauern, die in den Westen geflüchtet waren, sollen zurückkommen. Sie bekommen ihr Land zurück. Die Urteile und die Ermittlungsverfahren gegen Gewerbetreibende und Handwerker, die im Gefängnis saßen und teilweise schon verurteilt worden waren, sollten überprüft werden. Auch der Begriff des Sozialismus verschwand vorläufig aus dem politischen Sprachgebrauch.

Es war nun nicht so, dass darüber im Volke Jubel ausbrach. Die Leute sagten sich, „die sind am Ende, die sind fertig“. Eine Regierung, die so viele Fehler gemacht hat, die alles falsch gemacht hat, die kann eigentlich nur noch zurücktreten und den Weg öffnen für freie Wahlen. Aber so war das natürlich nicht geplant.

In diese Situation hinein platzte dann die ungelöste Normfrage. Denn in dem gesamten Katalog der Fehler und künftigen Änderungen fehlte ein wichtiger Punkt, und das war die Rücknahme der Normerhöhung. Dies war dann der Anlass, dass auf der Baustelle Stalinallee, Block 40, und auf der Baustelle des Krankenhauses Friedrichshain am 12. Juni zum ersten Mal das böse Wort

vom Streik fiel. Es kam dann zu der legendären Dampferfahrt. Im Restaurant Rübezahl am Müggelsee wurde verkündet: Wenn Montag die Normerhöhungen nicht zurückgenommen worden sind, dann wird gestreikt.

Es kam der 15. Juni, eine Delegation fuhr zu Otto Grotewohl, wurde da nur von Mitarbeitern empfangen. Es wäre Zeit gewesen, die Lunte noch auszutreten, aber in der Regierungsspitze, in der Verwaltung war niemand mehr zu sprechen. Keiner hatte mehr den Mut, Verantwortung zu übernehmen, sodass es am 16. Juni dann zu diesem berühmten Zug der Bauarbeiter zum Regierungssitz, zum Haus der Ministerien, dem heutigen Bundesfinanzministerium, kam. Dieser Platz ist, wie Sie vielleicht im Fernsehen gesehen haben, gestern umbenannt worden in „Platz des Volksaufstandes vom 17. Juni 1953“.

Damit war der Stein losgetreten, der Stein, der die Lawine zum Rollen bringen sollte. Die Meldungen des RIAS, in ihrer Bedeutung gar nicht zu überschätzen, führten dazu, dass im ganzen Land, von Stralsund und Wismar runter bis ins Erzgebirge, in der Frühschicht des 17. Juni die Arbeiter nicht an ihre Arbeitsstellen gingen, sondern sich versammelten auf den Betriebshöfen, in den Kulturhäusern, Streikkomitees wählten, Forderungskataloge aufstellten und in vielen Fällen beschlossen, in die Innenstädte zu ziehen. Es kam zu großen Demonstrationen, zu machtvollen Demonstrationen der Arbeiterschaft, insbesondere im Herzen des deutschen Industriegebietes



Abgeordnete und ehemalige Abgeordnete des Landtages sowie Vertreter der Landesregierung verfolgen die Ausführungen von Stefan Wolle.

Halle, Leipzig, Merseburg, Leuna, Buna. Das waren – neben Berlin, Dresden natürlich – die Zentren des Aufstandes, nicht ganz zufällig die Hochburgen der deutschen Arbeiterbewegung seit dem 19. Jahrhundert.

Die Arbeiterbewegung dort, die organisierte Arbeiterbewegung, hatte offenbar wirklich ein hohes Selbstbewusstsein, die Marxisten hätten gesagt, ein hohes Klassenbewusstsein – wie überhaupt vieles von dem, was sich an dem Tag abspielte, genau der Revolutionstheorie von Lenin entsprochen hätte. Es wäre für ihn eine große Freude gewesen, hätte er das noch erleben dürfen.

Sie wissen, dass um 13.00 Uhr das Kriegsrecht verhängt wurde, die russischen Panzer rollten in die Städte hinein. Es mögen 700 Städte gewesen sein, ein paar mehr, ein paar weniger. Fast überall kam es zu dem Einsatz der sowjetischen Besatzungsmacht. Die SED war im Grunde schon verschwunden. Sie haben schon gehört, die Führungsspitze hatte sich aus Angst vor dem eigenen Volke in Karlshorst verkrochen unter dem Schutzschild der sowjetischen Besatzungsmacht.

Gerade das Explosionsartige und Eruptive, was diese Ereignisse ausmachte und was immer wieder beschrieben wurde, macht den Volksaufstand auch so offen für die unterschiedlichsten Interpretationen. Wer natürlich sofort wieder alles wusste, waren die SED und ihr Zentralorgan, das „Neue Deutschland“. Sie offerierten dem staunenden Publikum schon am nächsten Tag, der Aufstand sei ein faschistischer Putsch gewesen. Was für eine bodenlose und unverschämte Verdrehung der historischen Tatsachen ist es, den Begriff des „Putsches“ zu benutzen für Hunderttausende von Menschen, die gestreikt hatten, die demonstriert hatten, die Gefängnisse gestürmt hatten, die die Zentralen der SED und der Staatssicherheit besetzt hatten – und dies im Großen und Ganzen gewaltlos. Die Masse der Demonstranten war gewaltlos, hat die Gewehre nicht umgedreht, sondern die Gewehre zerbrochen oder die Schlösser aus den Karabinern herausgenommen und weggeworfen. Die Begriffswahl „faschistischer Putsch“ ist eine Diffamierung der Arbeiterschaft durch die sogenannte Arbeiter- und Bauernregierung, die ihresgleichen sucht.

Und es ist im Grunde noch schlimmer: Bis 1989 hat es von dieser offiziösen Interpretation des Volksaufstandes eigentlich keine Abstriche gegeben. Es wurde dann gelegentlich vom „konterrevolutionären Putsch“ geredet, aber die historische Interpretation blieb bis 1989 unverändert.

Zwei Bemerkung noch zu speziellen Thesen, nicht zuletzt deswegen, weil sie immer wieder in den Debatten und Diskussionen auch der Zeitgenossen auftauchen. Das eine ist die These, der RIAS hätte die Unruhen organisiert. Egon Bahr äußerte sich gerade heute wieder in einem Interview dazu. Er war damals RIAS-Redakteur, hat die Delegation der Bauarbeiter empfangen, die dort mit der Forderung auftauchte, der RIAS möge den Aufruf zum Generalstreik durchgeben. Da fielen die Mitarbeiter des RIAS natürlich aus allen Wolken und es gab Diskussionen: Können wir das überhaupt melden? Auf keinen Fall konnte man die Generalstreikparole durchgeben. Aber die deutschen Redakteure der amerikanischen Einrichtung entschlossen sich dann in Eigenverantwortung, die Vorgänge in Ostberlin zu melden. Und die Meldungen waren dann überall im Lande, wie ich schon sagte, der Anlass für die Bewegung.

Natürlich kann ein Rundfunksender – zumal die Meldungen und Reportagen, die es dann gab, eher eine abwiegelnde Tendenz hatten – nicht einen Volksaufstand organisieren, und schon gar nicht von heute auf morgen. Das ist abwegig. Noch abwegiger ist die These, imperialistische Geheim-

dienste hätten an den Schaltstellen der Organisation gesessen. Schlagen Sie heute die FAZ auf, da ist ein sehr interessanter Bericht über die Reaktion des Bundesnachrichtendienstes abgedruckt. Es wirft ein Licht auf die Frage, was Geheimdienste überhaupt wissen und was sie bewirken können. Also die Herrschaften in Pullach waren der Meinung, das hätten alles die Russen organisiert, um Ulbricht zu stürzen, und sind noch tagelang bei dieser Version geblieben. Und auch der „Spiegel“ in seiner ersten Nummer nach dem Aufstand in der folgenden Woche griff diese Theorie auf, das wäre alles eine Provokation der Russen gewesen und hätte sozusagen nur dazu gedient, Ulbricht abzulösen. Offenbar können sich manche Herren an ihren Schreibtischen Geschichte nicht anders vorstellen als von Geheimdiensten organisiert.

Wie auch immer, es konnte davon keine Rede sein. Die Stasi hatte natürlich den Auftrag, die geheimen Zentralen festzustellen, Leute zu verhaften und vor Gericht zu zerren, die da in geheimer Mission tätig gewesen wären, in den Tausenden von Betrieben. Sie haben niemanden von denen gefunden. Der Vorwurf war eine reine Chimäre, reine Unterstellung. Auch das Ostbüro der SPD, die dann oft Zielscheibe gewesen ist, war von den Ereignissen vollkommen überrascht. Die SPD verfügte damals über ein Netz von Vertrauensleuten im Osten, das ist wohl wahr, aber sie waren weit davon entfernt, einen Aufstand zu organisieren, was nicht heißt, dass nicht viele Sozialdemokraten von den Arbeitern in die Streikkomitees gewählt

wurden, weil sie das Vertrauen der Arbeiter hatten. Dies zu der Interpretation der SED.

Es gab natürlich auch Genossen in der SED oder andere sozialistische Intellektuelle, die meinten: Wir müssen die DDR retten, wir müssen den Sozialismus retten, aber einen verbesserten, einen menschlicheren, einen demokratischen Sozialismus. Pars pro toto, steht für diese Geistesrichtung natürlich Bertolt Brecht, das haben Sie gerade gehört. Er stellte sich hinter die SED, wünschte sich aber eine „große Aussprache“ zwischen der Partei und dem Volk. Es kam dann tatsächlich so – wie in der szenischen Lesung vorgetragen –, dass das „Neue Deutschland“ nur Brechts letzten, unterwürfigen Satz veröffentlicht hat. Und Brecht hat dazu geschwiegen. Er hat sich das bieten lassen, was er sich nicht hätte bieten lassen müssen als weltberühmter Schriftsteller. Er hat sich dann nach Buckow zurückgezogen und dieses schöne und ironische Gedicht geschrieben, das Sie vorhin gehört haben.

Auch Stefan Heym ist sehr charakteristisch und in diesem Zusammenhang zu nennen, weil sein Buch „Fünf Tage im Juni“ sicherlich die einflussreichste Interpretation gewesen ist bis 1989. In der DDR konnte es nicht erscheinen oder erst ganz zum Toresschluss, zur Herbstmesse 1989, aber da wollte niemand mehr Romane lesen; aber dennoch sehr, sehr viel gelesen, genau diese Interpretation. Der Grundtenor des Buches von Stefan Heym war: Die Partei und die Regierung haben Fehler

gemacht. Sie müssen nun wach werden, sich reformieren und nicht mehr gegen das Volk regieren. So dachten damals wohl viele im Lande, auch in den Reihen der SED. Und es gab tatsächlich auch von der Führung her bestimmte Versuche, die Lebensbedingungen der Menschen zu erleichtern, zu verbessern, den Menschen ein kleines bisschen mehr Freiraum und unpolitischen Frohsinn zu bieten. Das hat es in den Monaten nach dem 17. Juni durchaus gegeben.

Im Westen war man nach dem ersten Überraschungsschock natürlich durchaus bereit, den Volksaufstand zu würdigen. Konrad Adenauer reiste nach Berlin und verneigte sich symbolisch vor den Särgen der Opfer des 17. Juni – einige dieser Säрге waren leer, weil die Opfer standrechtlicher Erschießungen natürlich nicht dort aufgebahrt werden konnten – und besuchte Verletzte im Krankenhaus. Es war für ihn und für den Westen sehr schnell der Tag der deutschen Einheit, Feiertag seit 1954.

Ich will das mit der deutschen Einheit nicht zusätzlich problematisieren. Ich habe keinen Zweifel daran, dass alle, die sagten, wir fordern freie Wahlen, natürlich der Überzeugung waren, freie Wahlen beseitigen das SED-Regime. Und die Beseitigung des SED-Regimes dient der Herstellung der deutschen Einheit. Also ob diese Forderung nach Wiedervereinigung ausgesprochen wurde oder nicht – teilweise wurde sie ausgesprochen, teilweise nicht –, sie stand natürlich im Raum.

Dennoch war der Tag der deutschen Einheit am 17. Juni ein Feiertag, der mit jedem Jahr problematischer wurde. Das ist damals schon von vielen Zeitgenossen mit Unbehagen wahrgenommen worden. An den eigentlichen Sinn des Tages dachten die Menschen immer weniger. Doch es ist verständlich, dass an einem so herrlichen Tag wie heute, der zudem arbeitsfrei ist, die Leute ins Grüne fahren und sich amüsieren und nicht an die Arbeiter im Osten denken – wie denn auch anders. Da sollte man immer auch realistisch bleiben.

Vorhin sagte mir jemand, der 17. Juni war ein gefährlicher Feiertag, er hätte sich da zweimal den Sonnenbrand geholt. Das ist natürlich *cum grano salis* zu verstehen und wirft sozusagen ein Schlaglicht auf eine gewisse Fragwürdigkeit des 17. Juni.

Es wurde zunehmend darüber reflektiert: Wie sollen wir diesen Tag begehen? Natürlich verblasste von Jahr zu Jahr die Erinnerung. Zudem war – und das vollkommen zu Recht – Verständigungspolitik angesagt, die Politik des Wandels durch Annäherung, eine Politik des Ausgleiches. Und da konnte man ja nun schwer die Vertreter der DDR und das diplomatische Korps zum Sektempfang in die ständige Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin anlässlich des Volksaufstandes gegen das SED-Regime einladen und mit den führenden Vertretern des Regimes Trinksprüche wechseln. Deswegen hatte man damals den 23. Mai als Tag der Verfassung herbeige-



Zu der Gedenkveranstaltung waren auch Schülerinnen und Schüler eingeladen, unter anderem vom Erasmus-Gymnasium Rostock.

zaubert, und der 17. Juni blieb als arbeitsfreier Tag, nicht zuletzt aufgrund der Intervention der Gewerkschaft, erhalten. Aber er wurde etwas zurückgedrängt.

Im Osten ist die Sache noch viel komplizierter. Der Aufstand am 17. Juni war Tabuthema Nummer eins – klar. In der Schule kein Wort, keine Darstellung darüber, abgesehen von einigen hölzernen und stereotypen Formeln, die einem immer wieder vorgesetzt wurden, keine Quellenedition, nichts dergleichen, keine Forschung, also absolutes

Schweigen über diesen 17. Juni. Aber dennoch hat es eine lebendige Erinnerung der Erzählung gegeben, wie die anderen Tabuthemen der DDR auch durch eine lebendige Erzählung, durch eine Erzähltradition weitergetragen wurden, vielleicht weniger in den Familien als mehr in den Arbeitskollektiven, wo man dann abends zusammensaß, und die alten Kollegen erzählten mal den Stiften, was da so gewesen ist am 17. Juni, an diesem Tag, an dem die Genossen ihre Parteiabzeichen vom Revers nahmen und heimlich in die Tasche steckten. Und sie sagten dann natürlich, „eines Tages wird es wieder so weit sein und dann sind wir Kollegen alle bereit“. Das ist die eine Wahrnehmung.

Die andere Wahrnehmung – und das ist ein Beispiel dafür, dass man aus den gleichen Ereignissen ganz unterschiedliche Schlussfolgerungen ziehen kann –, die andere Wahrnehmung, eher in christlichen Kreisen und auch in den Friedens- und Umweltgruppen der 70er-, 80er-Jahre anzutreffen, besagte: Der 17. Juni beweist ja nun gerade, wie man es nicht machen darf – keine Konfrontation, keine Gewalt, schon gar keine Provokation der Besatzungsmacht, es geht nicht gegen die Russen, es geht irgendwie nur mit den Russen. Und dieses Tor, dieses „window of opportunity“, öffnete sich eben mit Gorbatschow. Das ist der ganz große Unterschied zu 1989.

Wir haben 1989 eine ganz andere Situation, aber eine große Gemeinsamkeit. Ich habe erzählt von dieser Demonstration am 16. Juni vor dem Haus

der Ministerien. Da wurde dann ein Tisch hinausgetragen, da stellte sich zuerst der Minister Selbmann rauf und versuchte, die Arbeiter zu beruhigen. Das gelang ihm nicht, er wurde ausgebuht und ausgepöffelt. Dann kamen verschiedene andere Redner, und schließlich ein unbekannter Bauarbeiter, der nie vorher eine Rolle gespielt hatte, der auch nie nachher mehr öffentlich aufgetreten ist, und er verkörperte in diesem historischen Moment sozusagen den Weltgeist. Es handelte sich, wie es Stefan Zweig genannt hatte, um eine jener Sternstunden der Menschheit, in denen sich der künftige Gang der Geschichte durch das Handeln eines einzelnen Menschen entscheidet.

Ein Bauarbeiter stieg auf den Tisch und sagte: Kollegen, es geht hier überhaupt nicht mehr um Normerhöhung, und wir sind auch nicht nur die Arbeiter von der Stalinallee, hier demonstriert ganz Ostberlin, und es geht hier um Freiheit und Demokratie, es geht um die SED-Diktatur, und deswegen verkünden wir von dieser Stelle für morgen früh den Generalstreik, Treffpunkt 7.00 Uhr Straußberger Platz.

Dieser unbekannte Arbeiter ist niemals vorher und auch später nie mehr öffentlich aufgetreten, hat den Tag aus guten Gründen genutzt, um Ostberlin für immer zu verlassen. Man hätte ihn natürlich für Jahre ins Zuchthaus gesperrt, wenn man seiner habhaft geworden wäre –, dieser unbekannte Arbeiter ist für mich das Beispiel dafür, dass trotz aller Begleitum-

stände, trotz aller objektiven Faktoren, über die die Historiker dann immer reden, jemand auftritt, der tut, was getan werden muss.

Geschichte ist das Ergebnis von menschlichem Handeln, und dazu braucht es den Menschen, der sagt, jetzt steige ich auf diesen Tisch und sage meine Meinung und bringe den Stein ins Rollen. Und das ist eben immer wieder wichtig und das sind die großen Stunden der Geschichte. Was die objektiven Ursachen und die objektiven Wirkungen und die Kausalketten waren, das können dann die Historiker noch viele Jahre analysieren, und sie wissen es aber auch alles erst viel, viel später, und wenn es anders gelaufen wäre, wären es eben andere objektive Ursachen gewesen.

Also kurzum, dieses verantwortliche menschliche Handeln, das ist für mich die eigentliche Botschaft des 17. Juni: dass man nicht auf andere wartet, die ihr Wort erheben, die was sagen, sondern dass man selbst, und zwar in diesem Moment, die Initiative ergreift und eben einfach dabei ist. Ich habe das dann selbst erlebt, am 7. Oktober 1989 bei der Weltzeituhr auf dem Berliner Alexanderplatz, wo der Ruf ertönte im Sprechchor „Freiheit! Freiheit!“ und die Staatssicherheit nicht mehr wagte einzugreifen, und die Leute dann, von Minute zu Minute mehr werdend, zum Palast der Republik zogen. Jeder einzelne überschritt in diesem Moment eine Grenze – aus der Lethargie und dem Opportunismus zum Risiko, aus der jahrelangen Angst zur persönlichen Tat. Natürlich griffen die Sicherheitskräfte vor dem Palast

der Republik nicht ein, weil da Gorbatschow beim Empfang war, und erst als sich Gorbatschow auf dem Heimweg befand, schlug die Stasi zu mit einer großen Prügelattacke.

Das sind für mich sozusagen die großen Stunden.

Dennoch kann man natürlich nicht die objektiven Bedingungen vernachlässigen. Die Verhältnisse hatten sich 1989 gründlich geändert. Es war 1989 auch keine Bewegung, die getragen wurde von der organisierten Arbeiterschaft, sondern es war, wie man so leicht ironisch, aber nicht ganz unzutreffend sagt, eine Feierabendrevolution, das heißt, die Leute machten bis 17.00 Uhr ihre Arbeit und gingen dann in die Kirche und zur Demonstration.

Ich will den 17. Juni vor allen Dingen in eine Tradition stellen von Versuchen der Befreiung vom kommunistischen System und aus der Umklammerung der Sowjetunion. Ich nenne da insbesondere den Arbeiteraufstand in Poznań 1956, der hinführte zum Polnischen Oktober; die tragische Revolution in Ungarn, die im Blut ersäuft wurde, viel mehr Todesopfer gefordert hat als der 17. Juni; auch den Prager Frühling, obwohl es eine Revolution von oben war, die dann aber die Massen ergriff und wo man es zum ersten und letzten Mal erlebt hat, dass die Massen hinter einer sozialistischen Regierung standen; insbesondere aber die polnische Arbeiterbewegung von 1980/81.

Bei all diesen großen Freiheitsbewegungen und Befreiungsversuchen gegen die Vorherrschaft der Sowjetunion und gegen die sozialistischen Regierungen waren es drei zentrale Punkte, die immer wiederkehrten. Das erste war die Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung, die teilweise ja erbärmlich waren. Zweitens ging es immer wieder um nationale Selbstbestimmung, um nationale Befreiung – das implizierte bei uns in Deutschland den besonderen Aspekt der Wiedervereinigung. Und drittens ging es immer wieder um Freiheit und Demokratie in Vollendung der großen Revolution von 1789 und der gescheiterten europäischen Revolution von 1848/49 in Deutschland, Frankreich, Ungarn, Polen und Italien und anderswo.

Und deswegen wird man ohne Übertreibung sagen können: Was die Arbeiter, die Streikenden, die Demonstrierenden im Juni 1953 forderten, wurde im Herbst 1989 vollendet, und darauf können wir stolz sein und darüber können wir glücklich sein.

Ich wünsche Ihnen noch einen schönen, gedankenreichen Feiertag zum 17. Juni bei diesem herrlichen Wetter. Ich bedanke mich für Ihre Geduld. Leider haben wir keinen Raum für Debatten mehr. Ich hätte mich gern noch weiter mit Ihnen unterhalten.

Danke schön.



Für die musikalische Umrahmung sorgte das Trio Artpassion der Mecklenburgischen Staatskapelle Schwerin. (vl. Karsten Lauke, Andreas Winkler und Hajo Willimczik)

Programm

ASTOR PIAZZOLLA

*Libertango **

BEGRÜBUNG

Sylvia Bretschneider
Präsidentin des Landtages
Mecklenburg-Vorpommern

PETER TSCHAIKOWSKI

*Juni **

GÜNTER GRASS

Die Plebejer proben den Aufstand
Szenische Lesung mit Schauspielern
des Mecklenburgischen
Staatstheaters Schwerin

GASTREDNER

Dr. Stefan Wolle
Historiker

JOHANN SEBASTIAN BACH

Contrapunctus 2 aus der
*Kunst der Fuge**

JEAN SIBELIUS

*Valse Triste **

* Trio Artpassion



In zahlreichen Schulen Mecklenburg-Vorpommerns haben sich Schülerinnen und Schüler in verschiedensten Projekten mit den Ereignissen des 17. Juni 1953 auseinandergesetzt. Dabei wurden sie auch von Abgeordneten des Landtages und des Bundestages sowie von Zeitzeugen unterstützt.



Im Anschluss an die Gedenkveranstaltung präsentierten Jugendliche vom Goethe-Gymnasium Ludwigslust, vom Pädagogium Schwerin, vom Erasmus-Gymnasium Rostock, von der Hundertwasser-Gesamtschule Rostock und vom Albert-Einstein-Gymnasium Neubrandenburg im Plenarsaal des Schweriner Schlosses ihre Projekte.





**Mecklenburg
Vorpommern**



Landtag

Lennéstraße 1
19053 Schwerin
Telefon 03 85 - 5 25 - 0
Telefax 03 85 - 5 25 21 41
poststelle@landtag-mv.de
www.landtag-mv.de